

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mh., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 1. Juni 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mh., die übrigen 2 Mh.; Einzelanzeigen 5 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 63

Zur Situation

Die vom Reichsarbeitsministerium zum 30. Mai, vormittags 9^{1/2} Uhr, anberaumten **Einigungsverhandlungen** zwischen den Parteien des Tarifausschusses wurden nach dreistündigen Verhandlungen von dem unparteiischen Vorsitzenden als aussichtslos abgebrochen.

Hierauf wurde zur Bildung eines **Schlichtungsausschusses** geschritten, der sofort zur Beratung und Fällung eines Schiedspruchs zusammentrat. Die Beratungen dieser Instanz dauerten mehrere Stunden und führten schließlich, wie uns in letzter Stunde von Berlin aus telegraphisch mitgeteilt wurde, zu einem **Schiedspruch**, der sich sinngemäß mit jenem für den Monat Mai deckt.

Da die Parteien am nächsten Tage, Mittwoch, den 31. Mai (also während der Drucklegung dieser Nummer), noch in besonderen Beratungen zu dieser Entscheidung Stellung nehmen mußten, insoweit ein definitiver Abschluß noch nicht vorliegt, können wir erst in nächster Nummer Endgültiges berichten.

Zur XI. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes

Verbands-, Orts- oder Spartenpolitik?

In den letzten Jahren wurden vielfach, entgegen den bisher bestehenden Gepflogenheiten und Absichten des Verbandes und wohl auch der Tarifkontrahenten schlechthin, Verhandlungen geführt seitens Gehilfen mit Selbstvertretungen der Arbeitgeber zwecks gebiets-, orts- oder druckereiwesiger Erhöhung der Löhne oder auch Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Verhandlungen wurden meist durch die örtlichen Verbandsbehörden geführt. Zu dieser Art stellte sich noch ein spartenweises Vorgehen seitens Kollegen, die eine bessere Entlohnung durch ihre Arbeit selbst, insoweit höherer qualitativer und quantitativer Leistung bzw. größerer Ausnutzung im Arbeitsprozeß, begründeten.

Die in obige stiftende Generalversammlung des Verbandes wird diese Tatsache prüfen und daraus zur Festlegung der zukünftigen Verbandspolitik kommen müssen. Was das ortsweilige Vorgehen anbelangt, so liegt es ohne weiteres klar, daß den besonderen, oft sich in gewaltigen Preisunterschieden äußeren Umständen Rechnung getragen werden muß. Dabei wird aber, soll der zentrale Charakter der Tarifabmachung gewahrt bleiben, eine Regelung durch die hier zustehende Zentralkasse das Wünschenswertere sein.

Bei der Altersaufteilung der Gehilfen in Neuausgelernte, Klasse A, B und C wäre eine weitere Vereinhelligkeit noch am Platze, doch erscheint diese Einteilung gegenüber der folgenden noch zu besprechenden als das kleinere Übel. Für die Gewerkschaften als geschlossene Berufsverbände erheben bisher als oberster Grundloß, ein gleiches Minimum an Lohn und Maximum an Arbeitszeit für ihre Gesamtmitglieder zu erreichen. Die Gewerkschaften wurden so ihrer hohen Kulturaufgabe gerecht: das Gesamtniveau der Arbeiter zu heben und dem Lächeligen in einer kapitalistischen Welt die Möglichkeit der Höherentwicklung zu belassen.

In unserem Verband erhält diese einheitliche Verbandspolitik den ersten Riß bei der Einführung der Sechsmaschine. Den Maschinenführern wurde ein höherer Lohn von 25 Proz. und eine täglich um eine Stunde kürzere Arbeitszeit zugestimmt als den übrigen dem Verband angehörenden Gruppen. (Durch die politische Ertragslosigkeit des Achtstundentages ist nun die Arbeitszeit für sämtliche Gruppen eine gleiche und durch die Verkürzung der Lohnverhältnisse im allgemeinen, und der der Maschinenführer im besonderen, besteht zur Zeit nur noch ein Unterschied von 50 Mh. Bei 25 Proz. würde die Differenz 179,50 Mh. ausmachen. Als Grundlage wurde ein Drittel mit 20 Proz. Vorkaufschlag genommen.) Diese 25 Proz. wurden einmal durch höhere Anspannung begründet und dann damit, daß es quasi eine vollwertigere Arbeit sei, und nicht zuletzt wurde sie deshalb verlangt, um durch eine erschwerte Aufstellung von Sechsmaschinen einer etwa

allzu schroff einsetzenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Aus diesem Grunde wohl legt man auch heute noch ein besonderes Gewicht darauf, daß die Sechsmaschine unter dem Schutze des Verbandes bzw. dem Tarife steht, derart, daß doch nur nur als erste Schlichter anzusetzen sind. Auf die Frage, inwieweit diese Stellungnahme weiter beibehalten werden soll, kann und muß und wie sie auf die Arbeitslosigkeit der Handwerker wirkt, sei hier nicht eingegangen. Es soll lediglich die Tendenz, welche sich hieraus ergeben hat, festgehalten werden.

Im weiteren sind seit Einführung der Rotationsmaschine und des Anlageapparats unter den Druckern Bestrebungen im Gange, die eine höhere tarifliche Lohnfestlegung für diese Kategorien wünschen. Allenfalls kommen noch die Farbendrucker und Stereotypenreuzer hinzu. Sie werden es gemessen zum Teil an ihrer bisherigen Arbeitsweise, von ihrem Standpunkt aus betrachtet, ebenfalls mit Recht fordern.

Dies führt schließlich dazu, daß der bisherige Hauptträger des Verbandes (seiner Zahl nach), die spartenlose Handwerkerchaft, sich ebenfalls zusammenschließt und in sich noch weitere Unterabteilungen bildend, ihre eigenen Interessen zu vertreten gezwungen sein wird. So Mitglieder-, Inzeraten- und Werksche, weiter Metzgerei und Korrektoren.

Bei den Maschinenführern und Druckern wird ihr Verlangen in der Hauptsache durch höheren Nervenverbrauch eventuell Arbeitsleistung begründet. Die Handwerkergruppe wird es neben andern durch ihr festes Einkommen mit der Berufsentwicklung, ihrer Gestaltungsarbeit, der Metzgerei durch seine Tätigkeit als Gruppenvorsteher und der Werksche sowie Korrektor damit, daß sie an Sprach- und Schriftkenntnissen über das Alltägliche hinaus verfügen müssen, begründet. Warum sollte diesen Gruppen nicht auch ein höherer Mindestlohn garantiert sein?

Die Tendenz nach einer solchen Entwicklung unseres Verbandes- und Tarifwesens ist unverkennbar vorhanden. Sie führt bei weiteren Beschreiten noch mehr als bisher dazu, daß der eine Teil der Kollegen mit dem andern Teile seitens des Kapitals ausgepielt wird. Dies geschieht besonders bei spartenweisen Vorgehen.

Es wird niemand im Ernst den Nachweis zu bringen versuchen, daß die unterschiedliche Entlohnung der verschiedenen Arbeiterkategorien in ihrer mehr oder minder wichtigen Tätigkeit im Produktionsprozeß begründet liegt. Der gesamte Lohn- und Tarifaufbau ist doch auf ein ewiges Feilschen und Machtdurchsetzen zurückzuführen. Oder könnte man vielleicht anders nachweisen, warum ein Schreiner etwa mehr als ein Schlosser, ein Schlosser weniger als ein Buchdrucker, ein Drucker mehr oder weniger als ein Metzger zu verdienen habe? Die Arbeiterchaft hat sich endlich von der falschen Idee, daß der Schade der Nachbarn der eigene Vorteil ist, loszusagen.

Der Weg führe daher zu einer sinnvollen Arbeiter- und nicht zerstückelten Spartenpolitik. Die Gewerkschaften haben eine noch viel zu große und wichtige Aufgabe im Interesse der Menschheit zu erfüllen, als daß man ihnen diese Zerstückelung wünschen könnte.

Freiburg i. Br.

Peter Mayer.

373 Anfrage

Gewiß eine große Zahl von Anträgen, die aus allen Teilen des Verbandsgebiets zur diesjährigen Generalversammlung gestellt wurden und der beste Beweis für das Interesse, das unsere Mitglieder dieser Tagung unserer obersten Instanz entgegenbringen. Die große Mannfaltigkeit der so zahlreichen Anträge spricht dafür, daß man im allgemeinen an recht vielen Änderungen wünscht. Unverkennbar großes Interesse an der Regelung des Unterstützungswesens trittutage, indem wohl ein Viertel der gesamten Anträge daselbe betreffen. An dieser Tatsache läßt sich nicht vorübergehen, mit ihnen muß auch der Gegner des Ausbaus der Unterstützungen rechnen. Daß ein großer Teil der Kollegen glaubt, die mangelhafte soziale Fürsorge des Staates müsse durch den Verband ausgeglichen werden, ist wohl verständlich, ob sie uns aber weiter bringt, das muß sichtlich bezweifelt werden. Die Folge wird sein, daß sich der Staat dann noch mehr um seine elementarsten Pflichten brüht, die ihm obliegen, nämlich die Verwirklichung der Volkskräfte vor Not und Elend zu bewahren. Das sollten die Anhänger des Unterstützungswesens bedenken; und sie sollten weiter bedenken, daß eine leben- bis achtfache Erhöhung der Sätze, wie vorgeschlagen, in der heutigen Zeit, wo die Kaufkraft des Geldes einen so tiefen Stand erreicht hat, keine nennenswerte Erleichterung schaffen kann. Aber eine beträchtliche Erhöhung des Verbandsbeitrags wird auch bei einer leben- bis achtfachen Unterstützungserhöhung unbedingt erforderlich sein. Nun bin ich der letzte, der einer Erhöhung des Beitrags widersprechen würde; doch wozu die Erhöhung, Veranlassung finden soll, das ist es, was die Meinungen auseinanderbringen. Es wäre viel besser, Mittel heranzufinden, um die Schlagkraft der Organisation wesentlich zu erhöhen, denn das wird in der nächsten Zukunft schon mit unserer bisherigen Zahl nicht mehr auskommen werden, das dürfte wohl endlich niemand zu bestreiten wagen. Wir werden kämpfen müssen, wenn wir nicht verenden, wenn wir nicht von Monat zu Monat in der Entlohnung weiter hinter vielen andern Berufen zurückbleiben wollen. Die harten Tatsachen werden uns dazu zwingen! Dazu brauchen wir Geld, viel Geld, noch mehr aber brauchen wir Mut und rücksichtslosen Willen! Den zu haben, sollte eine Hauptaufgabe des Verbandstags sein.

Wie auch die Stellungnahme der Delegierten zu den Erhöhungen der Unterstützungen sei: Sollte der Verbandstag eine Mehrheit für die beantragten Erhöhungen ergeben, was sehr wahrscheinlich ist, so wäre es ein Akt der Klugheit und auch der Demokratie, ein etwaiges Unterstützungsbudget einer Abstimmung der Mitglieder des Verbandes zu unterwerfen. Da 3-4 Mh. Beitrags-erhöhung für diese Mehraufwendungen nicht ausreichen, sondern wesentlich mehr erforderlich ist, weiterhin aber die Meinungen der Mitglieder auseinanderbringen und auch die Delegierten nicht das richtige Verhältnis durch ihre Abstimmung kundtun können, weil alle Mitglieder (Gegner und Befürworter der Erhöhungen) sie gewählt haben, so wird die Abstimmung notwendig. In deren Ergebnis gilt es dann festzuhalten, und Mörgeleien über hohen Beitrag oder geringe Unterstützung werden verstummen, wenn die Mitglieder selbst entschieden haben.

Aberhaupt ist die Demokratie in unserm Verbande noch ausbaufähig. Der § 29 des Statuts kann in der jetzigen Form nicht bestehen bleiben, da er einer Gewerkschaftskonferenz das Recht einräumt, eine gemäß § 29 von drei Gaumitgliedschaften verlangte außerordentliche Generalversammlung zu verhindern.

Auch die Wahl der Delegierten zu Gewerkschaftskongressen muß in Zukunft durch Abstimmung geschehen. Besser wäre es, der diesjährige Gewerkschaftskongress würde dies zur Bedingung der Teilnahme an demselben machen, nachdem der letzte Kongress einen diesbezüglichen Antrag (mit den Stimmen unserer Vertreter) abgelehnt hat. Da nun auch unsre letzte Generalversammlung denselben Antrag mit geringer Mehrheit ablehnte, so war die Wahl der Delegierten zu Gewerkschaftskongressen in die Hände der Gewerkschaftskonferenz gelegt. Diese war vernünftig genug, die Delegierten nicht selbst zu bestimmen, sondern in der Konferenz vom 14. und 15. März d. J. überließ sie den Wahlmodus den betreffenden Gauen. Nach welchem Modus die Delegierten gewählt wurden, entschied sich für die auswärtigen Gauen meine Kenntnis. Jedenfalls wurde im Gau Rheinland-Westfalen der erste Gauvorsitzende durch den Gauvorsitzenden best. und die Mitgliedschaften hatten keinen Einfluß auf die Wahl. Und doch wäre es ein Akt

der Demokratie gewesen, würde man an die einzelnen Bezirke herangefahren sein und Vorschläge für eine Wahl entgegengenommen haben. Man komme mit nicht mit dem Einwande, daß ein Gauvorsitzer doch das Vertrauen der Mitglieder habe und demzufolge auch dieselben auf Gewerkschaftskonferenzen vertreten kann. Es ist aber doch eine unbestreitbare Tatsache, daß viele Mitgliederkreise ihres Verbandes über die den Gewerkschaftskongress beschaffenden Fragen eine andere Meinung haben als mancher Gauvorsitzer. Diesen Mitgliedern ist bei dem bisherigen Modus jeder Einfluß auf die Beschlässe des Kongresses verweigert. Jedenfalls können unsere Delegierten so lange keinen Anspruch darauf erheben, im Namen der 70000 Verbandsmitglieder auf einem Gewerkschaftskongress zu sprechen, als sie sich nicht einer Urabstimmung unterziehen. Möge die Generalversammlung auch diesen Zustand ändern.

Auch die Preßfreiheit dürfte auf der Generalversammlung wieder eine Rolle spielen, und das mit Recht. Ihre Erledigung durch die Nürnberg Generalversammlung ist zu ungenügend. Die Fälle des „Miesbacher Anzeigers“ und anderer Revolverblätter (Revolver im wahren Sinne des Wortes), sie dürfen an uns nicht spurlos vorübergegangen sein. Wir müssen dazu Stellung nehmen und Mittel und Wege suchen, daß die verbrecherischen Absichten der Reaktion nicht noch mit unger Hande Arbeit gefördert werden. Ich bin mir wohl bewußt, daß das keine leichte Arbeit ist, daß Konflikte daraus entstehen werden. Doch sollen wir kämpfen ausweichen, die zu leisten wir geradezu verpflichtet sind? Verpflichtet gegenüber der gesamten Arbeiterschaft, die es nicht begreift, daß wir das Gift müssen müssen, welches eine gewisse Presse tagtäglich in das Volk trägt und dies vergißt. Wenn wir als Buchdrucker auch nicht die Verurteilung der öffentlichen Meinung verhindern können, welche mit der Zeit so weit fortgeschritten wird, daß die Presse nur noch die wohlfeile Stimme einiger Kapitalistengruppen darstellt, so können wir doch die schlimmen Auswüchse bekämpfen, die man heute so oft Gelegenheit zu beobachten hat. Hoffentlich gelingt es der Generalversammlung, auch hier einen Weg zu finden, der uns Buchdruckern ermöglicht, auch auf diesem Gebiete mit Hand anzulegen am Abbruch der kapitalistischen Herrschaft.

Müßeldorf.

Ed. Maas.

ab 1. Mal, festgesetzt. Ferner wurde beschloffen, daß jeden ersten Montag im Monat die Monatsversammlung stattfinden habe.

Magdeburg. Bezirksleiter Kungemann eröffnete die Bezirksversammlung am 14. April mit begrüßenden Worten. Der „Graphische Gesangverein“ brachte dankenswerterweise wie immer zur Verfügung gestellt und begrüßte die von auswärtig zahlreich erschienenen Kollegen (Magdeburg war nur schwach vertreten) mit zwei gut vorgetragenen Liedern. Unter „Gesellschaftlichem“ machte u. a. der Vorsitzende Mitteilung von dem Ableben eines Kollegen, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Rückblick und Ausblick“, erhielt unser Gauvorsitzer König das Wort. Er streifte die Gauvorsitzerkonferenz und die Tarifverhandlungen, einiges weniger Erwähntes, aber immerhin Wichtiges nachdringend. Er kam auch auf die Verhandlungen zu sprechen, die von einem verkehrten Ausschusse geführt werden sollten. Schließlich ging er auch auf die letzte Bezirksleiterkonferenz ein, die u. a. den Beschluß faßte, den Mitgliedern zur Beschlußfassung zu unterbreiten, daß der fällige Gaufuß auf nächstes Jahr hinaufgezogen werde, da dann der Gau sein 50jähriges Bestehen feiere. Der Gauvorsitzer hat dazu den Auftrag bekommen, bis dahin eine Geschichte des Gaus herauszugeben. Die Finanzverhältnisse des Gaus seien als günstig zu bezeichnen, eine entsprechende Rückgewährung an die Orte (Magdeburg 10 Proz.) wäre daher möglich, der Gau arbeite paratam, die sonstigen Leistungen des Gaus seien auch dementsprechend erhöht, besonders die Arbeitslosen seien am meisten zu unterstützen, die kommende Generalversammlung werde ein übriges tun müssen und auch wollen bei entsprechender Erhöhung des Verbandsbeitrags. Beifall lohnte die guten Ausführungen. In der Aussprache sprach Kollege Stemann seine Freude aus über die Gaufußverlegung, die Stellungnahme zur Mailerei habe ihm aber nicht gefallen. Kollege Herrfurth stellte einige Anfragen an den Vortragenden und erwähnte die hohen Löhne anderer Berufe in Magdeburg: Schuhmacher 20 Mk. pro Stunde, Metallarbeiter 17 Mk., Holzarbeiter und Maurer streiken noch um einen Stundenlohn von 23 Mk. Kollege Graul betonte, daß die „Mama“ (Mitteldeutsche Ausstellung in Magdeburg vor ausschließlich von Juni bis September) die Lebensmittelpreise in Magdeburg wesentlich beeinflusse. Nach Ausbrüchen einiger anderer Redner ging Kollege König auf die verschiedenen Anfragen ein. In der „Mama“-Frage müsse Magdeburg allein handeln. Zu der Erhöhung des Sozialzuschlags für Magdeburg sei zu sagen, daß jetzt nichts mehr zu machen sei, erst am Schlusse des Jahres. 158 Orte seien im Gau noch vorhanden ohne den richtigen Ortszuschlag. Dann gelangte der dritte Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“, zur Erledigung. An der Diskussion über die gestellten Anträge beteiligten sich die Mitglieder reg. Bei der Abstimmung wurden die mit Änderungen angenommen. Ferner wurde beschloffen, der Gaufuß wird Pfingsten nächsten Jahres an zwei Tagen abgehalten, verbunden mit der 50. Jahresfeier des Gaus in der Saale. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden die Kollegen Kungemann, Pieschner, König, Herrfurth, Stemann vorgeschlagen und fanden in dieser Reihenfolge die entsprechenden Unterstützung.

Mainz. An dieser Stelle muß einmal das unmoralische Gebaren des kleinen „Verneberg“, genannt Gutenbergsbund, im Bezirk Mainz beleuchtet werden. Vor uns liegt ein Flugblatt, ein Schwulst von Verleumdungen und Verdrehungen gegen unsere Organisation; u. a. das alte Stiechenpferd, der Verband sei eine sozialdemokratische Gewerkschaft. Weiter wird darin gesagt, daß es dem Verband während seiner Alleinherrschaft in tariflichen Fragen nicht gelungen sei, wesentliche Lohnerböhrungen für die Arbeiterschaft herauszubekommen; erst durch das Eintreten des Gutenbergsbundes sei eine merkliche Besserung zu erleben. Ist das nicht Erbsenwahn? Hier kann man ruhig sagen: „Sie lägen wie die Teufel und Schwindeln aus Prinzip.“ An unerfahrenen junge Leute treten sie heran, um dieselben in das Paradies des Gutenbergsbundes einzuführen, und kommen mit dem Zuchterbohrer: „Anrechnung der im Verbands geleisteten Beiträge.“ Ist das eine ehrliche Kampfweise? Ist das nicht einer Gewerkschaft unwürdig, wenn eine Firma mit Bestellbriefen bombardiert wird, um einen Jünger des Gutenbergsbundes, der technisch eine Null ist, unterzubringen? Ist es nicht unwürdig, mit solchen die Öffentlichkeit schenkenden Mitteln zu arbeiten? Eine Gewerkschaft, welche von dem Vertrauen der großen Masse der Kollegen getragen und von deren Ideen durchdrungen ist, braucht sich doch unlaute Mittel nicht zu bedienen. Nach eines ist hier erwähnt. Als die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes des Kreises III zweites Krämpfungen einer Sonderzulage in den Zustand trat, fielen ihr zwei Kollegen in den Rücken, die, weil sie außerdem noch Reste hatten, selbstverständlich ausgeschlossen wurden. Diese „Feseln“ wurden nun mit Pauken und Trompeten in den alleinstimmig gemachten Gutenbergsbund aufgenommen. Wahrlich, es muß schied bestellt sein um die „Mitgliederzunahme“ des Gutenbergsbundes, das Streikbrecher und sonstige zweifelhafte Elemente darin Unterschlupf finden. Seden aufrecht und ehrlich denkenden Menschen muß dieses Gebaren der christlichen Organisation mit Ekel erfüllen. Die Bäume des Gutenbergsbundes werden nicht in den Himmel wachsen, da diese Organisation, wenn sie für ihre Mitglieder Lohnforderungen durchdrücken will, eben auch in Kampfstellung gehen muß und der so beliebten Brolmoral auf die Dauer nicht huldigen kann.

Leipzig. (Schiffschneider.) In der Versammlung am 20. April berichtete der Vorsitzende unter „Gesellschaftlichem“ über die Frage „Schmuckkonkurrenz und

Selmarbeit“. Erstrechtlich war die Mitteilung von Frankfurt a. M., daß nimmere auch dort nach Behebung der räumlichen Schwierigkeiten die Beschäftigung von Seimarbeitern ihr Ende findet. Desgleichen wurde über einige wichtige Punkte einer kombinierten Sitzung vom Gauvorsitzenden mit den Spartenvorständen berichtet. In der Frage der Überstunden wurde auf die gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen und ist deren Einhaltung eine gebotene Pflicht. Beim Punkte „Verkleben“ wurden Vorschläge gemacht zur Abhaltung von Vorträgen und Besuchen von örtlichen Sebenswürdigkeiten. Nach einer Aussprache über Versammlungsdisziplin schloß der Vorsitzende die mäßig beschäufte Versammlung.

München. Zur Erledigung der Tagesordnung der ordentlichen Generalversammlung wurden drei Versammlungen notwendig: am 24. März, 7. und 20. April. Der vier verstorbenen Kollegen und des Arbeiterführers Süß, dessen Wirken der Vorsitzende kurz skizzierte, wurde in üblicher Weise gedacht und hierauf verschiedene lokale Angelegenheiten geregelt. Mehrere Kollegen wurden aufgenommen, ein Aufnahmebescheid abgelehnt, von zwei Ausgetretenen Kenntnis genommen und ein Kollege wegen Arbeitens in einer nichtkaritativen Druckerlei ausgeschlossen. Am 7. April berichtete Kollege Strauß über die Sitzungen des Gewerkschaftsvereins, dabei alle Angelegenheiten streifend, die verhandelt wurden. Aber die Frage der Mailerei wurde eine längere Aussprache gepflogen, die damit endete, daß moralisch die Verpflichtung bestesse, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, wo es ohne Schwierigkeiten möglich sei. Für die streikenden Metallarbeiter werden vom Gewerkschaftsverein Solidaritätsmarken zu 10 Mk. wöchentlich herausgegeben, die von den Mitgliedern abzumachen sind. Für ein Denkmal für die Revolutionsgefallenen wurden außer den durch Sammlungen aufgebracht Geldern aus der Driskasse 500 Mk. genehmigt. In der Versammlung am 24. März berichtete Kollege Kemmerich über Gauvorsitzerkonferenz und Tarifauschubhülfe, die gelassen Beschlässe eingehend erläuterte. In der Aussprache wurde das Erreichte als kein hinreichender Ausgleich für die Leuzung betrachtet, in einer Entschloßung dem maßlosen Wucher- und Schieberum sowie den unheilvollen Wirkungen des Friedensvertrages die Schuld an der wirtschaftlichen Verelendung des Volkes aufgebürdet und von Reichs- und Landesregierung endlich einmal energische Maßnahmen gegen die wucherliche Verteuerung aller Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände gefordert. Zur Generalversammlung des Ortsvereins waren zwei Anträge gestellt, von denen der eine Beitragserhöhung und Unterstützungsregelung für Invalide und Kranke bezweckte und der andere den Bezirksvorständen der Sparten Sitz und Stimme als Beisitzer im Ortsvorstande ausgedehnt wollte. Letzterer wurde nach längerer Aussprache zurückgezogen; ersterer durch „erledigt“, daß der Beitrag zur Driskasse um 2 Mk. von 9 Pfennig auf 4,25 Mk. erhöht wurde, während die Invaliden, die mindestens 52 Beiträge zur Driskasse geleistet haben, täglich 3 Mk., solchen mit 250 Beiträgen täglich 6 Mk. Zulchuh zur Verbandsunterstützung ab 15. April bezahlt wird. Bezugsberechtigste Invaliden erhalten, bei mindestens 500 Beiträgen zur Driskasse, einen täglichen Zulchuh von 5 Mk. Von den zur Verbandsgeneralversammlung gestellten Anträgen wurden folgende angenommen: Eiser, der verlangte, daß über Beitragserhöhung und Erhöhung der Unterstützungen in eine Aussprache einzutreten ist (dadurch hatten sich zwei andre Anträge, die ebenfalls Beitragserhöhung und Unterstützungs-erhöhung forderten, erledigt); ein anderer, der für die Ermessung bei Arbeitsunfähigkeit eine Frist von drei Tagen festsetzt und daß als erster Krankheitsstag der vom Arzt bestätigte erste Tag der Arbeitsunfähigkeit gelten solle; das Berechnen im Hand- und Maschinenfabrik auszuheben; zur ausgiebigen Erhöhung des Grundlohnes ist Stellung zu nehmen; zur Errichtung von Fachschulen für Buchdrucker bzw. das graphische Gewerbe an allen größeren Orten sollen Mittel und Wege gesucht werden; der § 26 Abs. 4 des Verbandsstatuts soll dahin abgeändert werden, daß die ersten Gauvorsitzenden auf der Generalversammlung ohne besondere Wahl Sitz und Stimme haben sollen, aber bei Bestimmungen über Maßnahmen, bei denen sie selbst mitbeschlossen haben, kein Stimmrecht besitzen sollen. Abgelehnt wurde ein Antrag, der verlangte, die Delegierten zur Generalversammlung nicht mehr aus, sondern bezirksweise zu wählen. Zur Tagesordnung übergegangen wurde über einen Antrag betreffend Gründung eines graphischen Industrieverbandes, da ja alle Tagungen der graphischen Berufe sich damit befassen werden. Der Jahresbericht, zu dem der Vorsitzende einige Erläuterungen gab, wurde aufgegeben und dem Vorstand Entlastung erteilt. Auf Grund der Bestimmungen des Ortsstatuts wurde der Vorstand wieder auf ein Jahr befristet, für einen ausgeschloßenen Kollegen einer neu gewählt. Die bisherigen Vertreter im Gewerkschaftsverein wurden wiedergewählt, ebenso drei bisherige Revisorinnen, während für einen ausgeschloßenen Kollegen einer neu gewählt wurde. Die Entlastung für die Vorstandsmitglieder wurde in gleicher Höhe befallen, dagegen wurden die Sitzungsgelder entsprechend den Verhältnisseverhältnissen erhöht. Abgelehnt wurde die Einverleibung der Bibliothek in die Gewerkschafts-Zentralbibliothek, dafür wurden zur Ergänzung und Herstellung der Ortsvereinsbibliothek 5000 Mk. genehmigt. Zur Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden acht Kandidaten aufgestellt.

München. (Storrefloren.) In einer allgemeinen Storreflorenversammlung und in einer Mittelberverversammlung wurde zu der Durchführung der Beschlässe der Tarifauschubhülfe betreffend § 69 Stellung genommen. Die Berichterstattung aus den einzelnen Firmen und eine auf-

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Die Tarifkonflikte bestehen zur Zeit in Österreich noch in Wien, Böhmen, Steiermarken und Wien. Bezug nach diesen Orten hat zu unterbreiten. Bei Konfliktangelegenheiten aus Österreich ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzugehen.

Berlin. (Drucker - Jahresbericht.) In der kürzlich erschienenen Generalversammlung am 22. Januar erfaßte der Vorsitzende Postmann den Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Daran war zu erleben, mit welcher großen Schwierigkeiten wir zu kämpfen hatten. Trotzdem jedoch hat sich unser Verein sehr gut entwickelt als Folge der reichen Anregung und Belehrung, die den Mitgliedern geboten wurden. Der Versammlungsbesuch des vergangenen Jahres war sehr gut, auch hatten wir annähernd 400 Aufnahmen zu verzeichnen. Jedenfalls ein Zeichen dafür, daß das Interesse für die Spartenbewegung unter den Berliner Druckerkollegen gemehrt ist. Der Klassenabschluß zeigte, daß die Finanzgebarung eine gesunde war. Trotz erhöhter Ausgaben blieb ein Überschub. Dem Kaiserer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde auf Antrag aus der Versammlung heraus wiedergewählt, mit Ausnahme zweier Beisitzer, die eine Wiederwahl ablehnten. Ferner wurde noch die Wahl der Klassenrevisoren und der Technischen Kommission vollzogen. Als Obmann der letzteren fungierte der zweite Vorsitzende des Vereins Kollege Ludwig Keller. In Anerkennung der fähigsten Leistungen des Vorstandes sowohl als auch des guten Wirkens des Vereins bewilligte die Generalversammlung (gegen eine Stimme) eine Beitragserhöhung von 50 Pf. auf 1 Mk. wöchentlich. — Die Februarversammlung wählte nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten die Revisionskommission für die Zentralkommission der Maschinenmeister. Der darauffolgende Vortrag des Herrn Betriebsleiters Richter über „Preisberechnung im Buchdruckgewerbe“ wurde mit Aufmerksamkeit und Dank entgegengenommen. — Am 16. März berichteten wir uns eingehend mit dem Rundschreiben Nr. 7 der Zentralkommission betreffend der Kreisvorsitzendenkonferenz in Leipzig. Die zu dieser Tagung seitens des Vorstandes gestellten Anträge in organisatorischer und tariflicher Beziehung wurden lebhaft besprochen und so dann einstimmig angenommen. Ihre Verwirklichung erfolgt zu gegebener Zeit. Nach der Bekanntgabe, daß wir auch im Sommerhalbjahr einen Fachkursus einrichten, wurde noch an Stelle eines auscheidenden ein Ersatzmann für das Tarifschiedsgericht gewählt.

Bochum. (Drucker.) Am 15. April fand eine Versammlung der Maschinenmeister Bochums statt. Der Zweck der Versammlung war, die Neubildung des vormaligen Maschinenmeistervereins, der infolge allgemeiner Arbeitslosigkeit ein wenig geruht hatte, wieder vorzunehmen. Kollege Sinn, der alle Vorbereitungen hierzu getroffen und Sechsbanner an der Spitze der Maschinenmeisterkonferenz gewesen ist, gab den Versammelten einen ausführlichen Bericht über deren Verlauf. Nach einer regen Aussprache fand anschließend die Wahl des Vorstandes statt. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Franz Sinn und als stellvertretender Kollege Robert Kosowski einstimmig gewählt. Als monatlicher Beitrag wurden 2 Mk., abwärts

